

Schuldenkrise prägte das Wirtschaftsjahr

Das gesamte Jahr 2011 war von der Eskalation der Schuldenkrise in der EU und in den USA geprägt. Das Zögern der Regierungen bei konkreten Maßnahmen und die Uneinigkeit innerhalb der EU trugen zusätzlich zur Verunsicherung der Märkte bei.

Staatsschuldenkrise in der EU

Mit Jahresbeginn 2011 wurde Estland das 17. Mitglied des Euro-Raumes, die drei neuen europäischen Aufsichtsbehörden für die Banken (EBA), die Börsen (ESMA) und die Versicherungen (EIOPA) nehmen ihre Arbeit auf.

Im März 2011 stuft die Ratingagentur Moody's die Bonität Griechenlands um drei Stufen von Ba1 auf B1 herab, Spaniens Bonität wurde von Aa1 auf Aa2 reduziert. Die 27 EU-Staaten beschließen auf einem Gipfel in Brüssel ein umfangreiches Paket zur Sicherung des Euro. Der bisherige Rettungsfonds EFSF wurde auf 500 Milliarden Euro aufgestockt, ab 2013 soll er von dem 700-Milliarden-Euro-Fonds ESM abgelöst werden.

Im April leitete die EZB die Zinswende ein und erhöhte den Leitzins um 0,25 Punkte auf 1,25 %. Griechenland kündigte ein unerwartet hohes Haushaltsdefizit an: 2010 betrug die Lücke 10,5 % des BIP. Bisher war der IWF von einem Defizit von 9,6 % des BIP ausgegangen.

Im Mai 2011 wurde für Portugal ein 78-Milliarden-Euro-Hilfspaket beschlossen. Standard & Poor's senkte die Kreditwürdigkeit Griechenlands von BB- auf B. In der Folge verstärkte Griechenland seine Privatisierungsbemühungen, Häfen und Flughäfen sollen verkauft werden.

Im Juni nahm Standard & Poor's eine Senkung der Kreditwürdigkeit Griechenlands um drei Stufen, von B auf CCC, vor. Nach einem Treffen mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy bekräftigte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel den Wunsch nach einer „Beteiligung privater Gläubiger auf freiwilliger Basis“ an einem möglichen Schuldenschnitt für Griechenland.

Im Juli gaben die Finanzminister der Euro-Länder die fünfte Tranche des Hilfspaketes für Griechenland mit einem Volumen von 12 Milliarden Euro frei. Moody's stuft als erste Ratingagentur die Kreditwürdigkeit Portugals und Irlands auf Ramschstatus herunter. Die EZB setzte einen weiteren Zinsschritt und erhöhte den Leitzins auf 1,5 %. Am 21. Juli wurde auf einem Sondergipfel der Euro-Staaten ein zweites Hilfspaket für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro beschlossen. Auch private Gläubiger sollen einen freiwilligen Beitrag leisten. Zudem werden die Aufgaben des Rettungsfonds EFSF erweitert.

Im August kam es zu einer weiteren Verschärfung der Krise: Italien und Spanien gerieten an den Finanzmärkten immer stärker unter Druck und die EZB gab bekannt, für 22 Milliarden Euro Staatsanleihen von Euro-Ländern gekauft zu haben. Nach einem Treffen in Paris forderten Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy die Gründung einer Wirtschaftsregierung der Euro-Zone, zudem solle es eine Schuldengrenze für alle Euro-Länder geben.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso stellte im Oktober Pläne zur erneuten Bankenrettung vor. Es wurde befürchtet, dass einige Banken durch einen möglichen Schuldenschnitt Griechenlands in ernsthafte Schwierigkeiten geraten könnten. In Brüssel begannen mit einem Treffen der Euro-Finanzminister dreitägige Verhandlungen zur Lösung der Schuldenkrise.

Aus einem Bericht von IWF, EU und EZB ging hervor, dass Griechenland deutlich mehr Finanzmittel benötigt und wahrscheinlich vor 2021 kein Geld an den Kapitalmärkten aufnehmen können wird. Daher wurde am 26. Oktober ein Schuldenschnitt für Griechenland beschlossen, auch private Gläubiger verzichteten auf 50 % ihrer Forderungen. Zudem beschlossen die Staats- und Regierungschefs ein weiteres Hilfspaket für Griechenland von 100 Milliarden Euro bis 2014, eine höhere Kapitalausstattung systemrelevanter europäischer Banken und eine Hebelung des EFSF. Der griechische Premierminister Giorgos Papandreou kündigte eine Volksabstimmung über den Euro-Rettungsplan für sein Land und die damit verbundenen drastischen Sparmaßnahmen an.

Diese Ankündigung schickte im November weltweit die Börsen auf Talfahrt. Die griechische Führung knickte angesichts des Drucks der internationalen Geldgeber ein, Ministerpräsident Papandreou zog den umstrittenen Plan zurück. Am 6. November stellte er sein Amt zur Verfügung, am 11. November wurde die neue griechische Regierung unter dem früheren EZB-Vizepräsidenten Loukas Papademos vereidigt. Auch Italien geriet an den Finanzmärkten immer stärker unter Druck, für die zehnjährige Staatsanleihe musste das Land eine Rekordrendite von 6,7 % zahlen. Am 12. November trat der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi zurück, tags darauf erhielt der ehemalige EU-Kommissar Mario Monti den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden.

Die Zinsen, die Frankreich und Belgien für zehnjährige Staatsanleihen zahlen müssen, erreichten im November Rekordwerte, Spanien musste die höchsten Zinsen für Anleihen seit 14 Jahren zahlen. Österreich kündigte die Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse an. Die Banken in der Euro-Zone mussten sich im November so viel Geld bei der EZB leihen wie seit zwei Jahren nicht mehr, weil das Misstrauen der Institute untereinander infolge der Schuldenkrise immer größer wurde. Am 30. November stellten die wichtigsten Notenbanken der Welt gemeinsam den Banken mehr Geld zur Verfügung und „erkauften“ der Politik damit Zeit. Die Aktion sorgte weltweit für ein Kursfeuerwerk an den Börsen.

Anfang Dezember 2011 drohte Standard & Poor's praktisch allen Euro-Ländern mit der Herabstufung ihrer Kreditwürdigkeit und versah 15 Staaten mit einem negativen Ausblick. Vor dem EU-Krisengipfel am 8./9. Dezember mehrten sich die Anzeichen, dass die Euro-Länder wegen des Widerstandes einiger EU-Partner eigene Wege zur Lösung der Schuldenkrise in Erwägung ziehen. Deutschland und Frankreich machten klar, dass sie auf einen Vertrag bestehen werden, der die Haushaltsdisziplin in der Euro-Zone verbindlich und einklagbar festschreibt. Der EU-Gipfel sollte mit weitreichenden Beschlüssen das Vertrauen der Investoren in die Euro-Zone wiederherstellen. Dafür nahm die Europäische Union auch ihre Spaltung in Kauf, falls Großbritannien den Vertrag nicht mitträgt. Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) traute den Banken nicht mehr zu, ihre Eigenkapitalquote schon bis Mitte 2012 auf die geforderten 9 % zu steigern und ließ viele Institute im jüngsten Stresstest durchfallen.

EZB lockerte die Geldpolitik und kaufte Staatsanleihen der Problemländer

Mit 1. November 2011 übergab Jean-Claude Trichet das Amt des EZB-Präsidenten an den Italiener Mario Draghi. Dieser begann seine Amtszeit mit einer Senkung der EZB-Leitzinsen auf 1,25 %. Das bisherige Credo der Geldstabilität verlor für die EZB mehr und mehr an Bedeutung: Die Gefahr einer Rezession im Euro-Raum wog schwerer als die Angst vor steigender Inflation. Draghi verweigerte zwar die Zusage, dass die EZB unbegrenzt Staatsanleihen verschuldeter Staaten aufkaufen wird, das begonnene Programm will er aber fortsetzen. Seit Mai 2010 hat die EZB Bonds im Gesamtwert von 203,5 Milliarden Euro aufgekauft. Sie begründet diese Käufe mit der Stützung der Märkte, drückt aber damit die Zinskosten von Euro-Problemländern wie Italien und Spanien.

Deutschland und Frankreich als „Krisenfeuerwehr“

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel unternahmen immer wieder Anläufe, die Ursachen der Euro- und Schuldenkrise zu lösen. Als „Durchbruch“ wurde der EU-Gipfel am 9. Dezember 2011 gesehen. Die Ratingagenturen meldeten zwar weiterhin Handlungsbedarf an, aber immerhin konnten Merkel und Sarkozy einen „Fiskalpakt“ für eine strengere Haushaltsdisziplin durchsetzen. Mit Ausnahme Großbritanniens stimmten alle EU-Mitglieder vorbehaltlich einer Diskussion in ihren Parlamenten zu.

Schuldnerland USA

Nicht nur Europa, auch die USA kämpften 2011 mit einer Schuldenkrise. So konnte Ende Juli ein Staatsbankrott nur knapp abgewendet werden. Zuvor war heftig über die Erhöhung der Schuldenobergrenze debattiert worden, die von den Republikanern vehement zurückgewiesen wurde. Letztlich einigte man sich auf einen Kompromiss und eine Schuldenerhöhung in zwei Etappen. Als Folge der nicht gelösten Schuldenproblematik entzog Standard & Poor's der größten Volkswirtschaft der Welt die Bestnote und senkte die Bonität der USA um eine Stufe von AAA auf AA+.

Rolle der Ratingagenturen

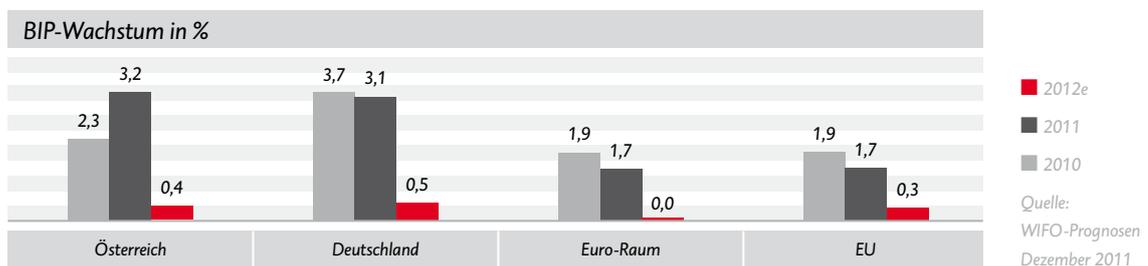
Nicht unwesentlichen Anteil an der Verunsicherung der Märkte hatten im Jahr 2011 die Ratingagenturen. Die drei großen Agenturen Moody's, Fitch und Standard & Poor's trieben die Politik mit regelmäßigen Warnungen und Herabstufungen von Staaten, Banken und Versicherern regelrecht vor sich her.

Schuldenkrise dämpft Wachstum der Weltwirtschaft

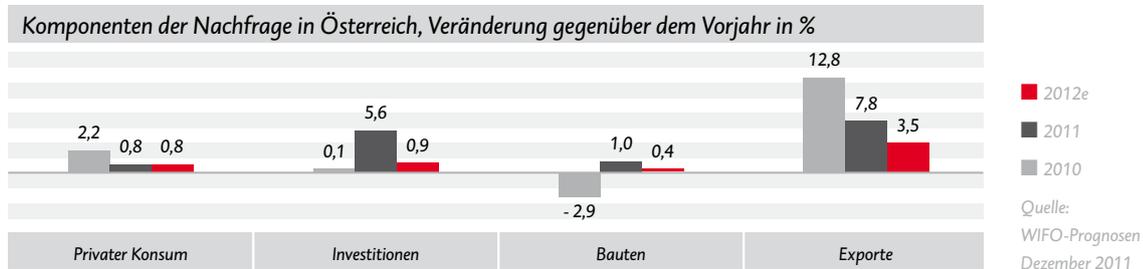
Wegen der Turbulenzen rund um das Thema Staatsschulden wuchs die Konjunktur im abgelaufenen Jahr weltweit deutlich schwächer als in 2010. Die Weltwirtschaft wuchs 2011 um 3,8 %, nach einem Anstieg um 5,1 % im Vorjahr. Das BIP der USA legte um 1,6 % zu (nach 3,0 % in 2010), die japanische Wirtschaft schrumpfte um 1,0 % (nach + 4,4 %). Chinas Wirtschaft wuchs um 9,5 % besonders stark, aber auch hier war vor allem in der zweiten Jahreshälfte eine Wachstumsverlangsamung zu erkennen.

Nur mäßig entwickelte sich das Wirtschaftswachstum in der EU bzw. im Euro-Raum mit jeweils + 1,7 % nach + 1,9 % im Jahr zuvor. Lediglich Deutschland ragte mit einem Zuwachs um 3,1 % klar heraus.

Die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten profitierten von der starken Entwicklung in Deutschland und der Exportnachfrage aus den BRIC-Staaten, ihre Wirtschaftsleistung wuchs um durchschnittlich 3,1 %.



Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2011 mit 3,2 % ein Wachstum, das etwas stärker als der Durchschnittswert des Euro-Raumes (+ 1,7 %) war. Vor allem die Exporte erwiesen sich einmal mehr als Wachstumsmotor, sie erhöhten sich um 7,8 %. Die Investitionen der Unternehmen stiegen um 5,6 % ebenfalls merklich an, während der private Konsum nur um 0,8 % wuchs.



USD- und EUR-Leitzinsen im Dezember auf dem Niveau vom Jahresbeginn

Die US-amerikanische Notenbank FED ließ die Leitzinsen im Berichtsjahr unverändert in der Spanne von 0,00 % bis 0,25 %, auf die sie bereits am 16. Dezember 2008 gesenkt worden sind. Die EZB setzte 2011 mehrere Zinsschritte, seit 8. Dezember 2011 liegen die Leitzinsen aber mit 1,00 % wieder auf dem Niveau vom Jahresbeginn.

Entwicklung der Leitzinsen	USD		EUR	
	Zeitraum	Leitzins	Zeitraum	Leitzins
	1.1. – 31.12.	0,00 % – 0,25 %	1.1. – 6.4.	1,00 %
			7.4. – 6.7.	1,25 %
			7.7. – 2.11.	1,50 %
			3.11. – 7.12.	1,25 %
			8.12. – 31.12.	1,00 %

Geld- und Kapitalmarktzinsen zeigen schwindendes Vertrauen in den Euro

Der 3-Monats-Euribor lag im Jänner 2011 mit 1,02 % um 0,72 %-Punkte höher als der 3-Monats-USD-Libor. Bis Oktober stieg der Euribor deutlich auf 1,58 % an, danach ging er bis Dezember auf 1,43 % wieder leicht zurück. Der USD-Libor ging bis Jahresmitte auf 0,25 % geringfügig zurück und stieg dann bis Dezember kontinuierlich auf 0,56 % an. Somit lag der Euribor Ende 2011 um 0,87 %-Punkte über dem USD-Libor, der Abstand hat sich leicht vergrößert. Auch der 10-Jahres-SWAP verzeichnete im Euro-Raum einen stärkeren Anstieg als im US-Dollar. Zu Jahresbeginn lag der Euro-SWAP um 0,10 %-Punkte unter dem USD-SWAP (3,32 % zu 3,42 %), im Dezember lag er um 0,42 %-Punkte höher als der USD-Swap (Euro 2,53 %, USD 2,11 %).

Währungsentwicklung 2011

Die Entwicklung an den internationalen Devisenmärkten war 2011 weiterhin von der Staatsschuldenkrise und der daraus resultierenden Verunsicherung geprägt. Der EUR/USD-Kurs lag Anfang 2011 bei 1,34. Bis Juni stieg der Euro bis auf 1,44 Dollar, danach ging er wieder bis zu einem Dezember-Durchschnitt von 1,32 zurück. Diese Entwicklung ist nicht mit den wirtschaftlichen Fundamentaldaten zu erklären: Sowohl bei der Gesamtverschuldung als auch beim laufenden Defizit (in Relation zum BIP) liegt die EU klar besser als die USA. Die Investoren vertrauen aber dem US-Dollar in einem turbulenten Umfeld offensichtlich mehr als dem Euro. Im Jahresdurchschnitt lag der Kurs bei 1,39, also aus Euro-Sicht leicht über dem Wert des Vorjahres (1,33).

Konzernlagebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung des Euro zum japanischen Yen war in der ersten Jahreshälfte 2011 von der Natur- und Atomkatastrophe in Japan und den befürchteten Auswirkungen auf die japanische Wirtschaft geprägt: Nach einem EUR/JPY-Kurs von 110,42 im Jänner 2011 fiel der Yen bis April auf 120,27. Danach führte die Verschärfung der EU-Schuldenkrise wieder zu einem Yen-Anstieg, bis Dezember auf 102,36. Der Durchschnittskurs lag 2011 bei 110,92, nach 116,46 im Jahr davor.

Trotz der engen Verflechtung der Schweizer Wirtschaft mit jener der EU zeigte sich 2011 besonders deutlich, dass die Anleger den Schweizer Franken nach wie vor als „sicheren Hafen“ sehen: Der EUR/CHF-Kurs ging von 1,28 zu Jahresbeginn bis August auf 1,12 zurück. Nach Interventionen der Schweizerischen Nationalbank und der Ankündigung, den EUR/CHF-Kurs bei 1,20 fixieren zu wollen, stieg der Kurs bis Dezember wieder auf 1,23 an. Der Jahresdurchschnitt betrug 1,23, nach 1,38 im Jahr 2010.

Die tschechische Krone und der ungarische Forint verloren gegenüber dem Euro 2011 an Wert. Die Krone ging von Jänner bis Dezember von 24,45 auf 25,51 um 4,3 % zurück, der Forint um 10,5 % von 275,33 auf 304,19.

Uneinheitliche Entwicklung an den Börsen

Die Entwicklung an den internationalen Börsen war im Jahr 2011 uneinheitlich. Der Dow Jones konnte leicht zulegen, der S&P 500-Index gab leicht nach, Euro Stoxx 50, Topix, DAX und ATX gingen hingegen deutlich zurück.

Index	Jänner 2011	Dezember 2011	Jänner – Dezember 2011
Dow Jones (USA)	11.802	12.076	+ 2,3 %
S&P 500 (USA)	1.283	1.243	- 3,1 %
Euro Stoxx 50 (Europa)	2.901	2.283	- 21,3 %
Topix (Japan)	924	733	- 20,7 %
DAX (Deutschland)	7.040	5.868	- 16,6 %
ATX (Österreich)	2.882	1.839	- 36,2 %

Gesteigertes Zwischenbankgeschäft führt zu Anstieg der Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute erreichte zum Ende des dritten Quartals 2011 insgesamt 1.012,5 Mrd. Euro und wies damit im Vergleich zum Jahresultimo 2010 einen Anstieg um 3,5 % auf. Für diese Entwicklung war in erster Linie das Zwischenbankgeschäft im In- und Ausland verantwortlich.

Die Direktkredite an inländische Nichtbanken beliefen sich zum 30. September 2011 auf 315,2 Mrd. Euro, damit ist dieser Wert in den ersten drei Quartalen um 1,3 % gestiegen. Die Eurokredite stiegen um 1,7 % auf 258,1 Mrd. Euro, die Fremdwährungskredite gingen um 0,4 % auf 57,1 Mrd. Euro zurück. Der Anteil der Fremdwährungskredite an allen Krediten sank damit von 18,2 % auf 18,1 %.

Die Gesamteinlagen bei Österreichs Banken stiegen gegenüber Ende 2010 um 2,6 % auf 288,8 Mrd. Euro leicht an, in den einzelnen Einlagenkategorien war jedoch eine sehr unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Die Sichteinlagen wuchsen um 4,4 % auf 93,6 Mrd. Euro, die Termineinlagen erhöhten sich um 10,4 % auf 39,4 Mrd. Euro besonders deutlich. Die Spareinlagen waren mit 54 % aller Einlagen weiterhin die bedeutendste Sparform in Österreich. Sie blieben aber mit einem Rückgang um 0,3 % auf 155,8 Mrd. Euro nahezu unverändert, was zum insgesamt nur leichten Anstieg der Einlagen führte.

Die anrechenbaren Eigenmittel aller österreichischen Banken betragen per Ende September 2011 92,3 Mrd. Euro, was einem nur marginalen Anstieg in den ersten drei Quartalen um 0,2 Mrd. Euro bzw. 0,2 % entspricht. Von den gesamten Eigenmitteln entfielen 73,2 Mrd. Euro auf das Kernkapital, um 0,2 % weniger als Ende 2010. Die Eigenmittelquote stieg gegenüber dem Jahresultimo 2010 um 0,29 %-Punkte auf 18,94 % leicht an.

Erwarteter Ergebnisrückgang um 73 %

Das gemeinsame Betriebsergebnis der österreichischen Banken stieg vom dritten Quartal 2010 zum dritten Quartal 2011 um 2,5 % auf 5,9 Mrd. Euro an. Getragen wurde das Ergebniswachstum in erster Linie vom um 4,4 % auf 7,2 Mrd. Euro gestiegenen Nettozinsenertrag, während die Provisionserträge um 0,6 % auf 2,9 Mrd. Euro leicht zurückgingen. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verringerte sich um 49,9 %, ist aber mit 0,3 Mrd. Euro insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Die Betriebsaufwendungen stiegen um 3,8 % auf 8,6 Mrd. Euro.

Für das Gesamtjahr 2011 erwarteten die österreichischen Banken per Ende September 2011 einen Rückgang des Betriebsergebnisses um 12,1 % auf 7,2 Mrd. Euro, des EGT um 52,8 % auf 2,2 Mrd. Euro und des Jahresüberschusses nach Steuern um 72,9 % auf 1,1 Mrd. Euro.

Konzernlagebericht

Allgemeine Angaben zur Berichterstattung

Der Konzernabschluss wird nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) veröffentlicht. Dieser nach international anerkannten Grundsätzen aufgestellte Konzernabschluss ersetzt gemäß § 59a BWG und § 245a UGB den Konzernabschluss nach österreichischem Recht. Der Konzernlagebericht wurde nach internationalen Rechnungslegungsstandards erstellt.

Konsolidierungskreis der Oberbank

Der Konsolidierungskreis umfasst im Jahr 2011 neben der Oberbank AG 24 inländische und 20 ausländische Tochterunternehmen. Der Kreis der einbezogenen verbundenen Unternehmen hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2010 durch die erstmalige Einbeziehung folgender Gesellschaften verändert: Oberbank airplane Leasing GmbH, Linz; Oberbank Leasing KIKA, s.r.o., Bratislava; OBK München 3 Immobilien Leasing GmbH, Neuötting; Oberbank Seiersberg Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H., Linz; die Oberbank Bohemia Leasing s.r.o., Budweis, wurde per 1. Juli 2011 in die Oberbank Leasing spol s.r.o., Prag, eingebracht.

Die ALPENLÄNDISCHE GARANTIE-GESELLSCHAFT m.b.H. wurde quotal im Konzernabschluss berücksichtigt. Neben der Drei-Banken Versicherungs-Aktiengesellschaft, der BKS Bank AG und der Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft wurde auch die voestalpine AG nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Nicht konsolidiert wurden 25 Tochterunternehmen und 24 assoziierte Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Summe von untergeordneter Bedeutung ist.

Gliederung der Segmente

Die Ausrichtung der Segmentberichterstattung der Oberbank folgt der internen Verantwortungsstruktur in der Kundenbetreuung und definiert die Segmente Firmenkunden, Privatkunden, Financial Markets und Sonstiges. Nähere Details finden sich im Segmentbericht ab Seite 64 dieses Geschäftsberichtes.

Ergebnisentwicklung

Die Oberbank kann für das Geschäftsjahr 2011 wieder eine ausgezeichnete Ertragslage ausweisen. Das Betriebsergebnis stieg um 2,4 % auf 223,6 Mio. Euro an. Der Jahresüberschuss vor Steuern wuchs trotz der weiterhin besonders vorsichtigen Vorsorgepolitik um 10,1 % auf 126,0 Mio. Euro, der Jahresüberschuss nach Steuern um 13,1 % auf 111,2 Mio. Euro.

Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung nach IFRS in Mio. €	2011	Veränderung	2010	2009
Zinsergebnis	341,7	7,1 %	318,9	262,4
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	- 97,6	- 5,9 %	- 103,8	- 90,7
Provisionsergebnis	104,5	3,3 %	101,2	88,6
Handelsergebnis	9,3	42,8 %	6,5	11,3
Verwaltungsaufwand	- 229,5	4,0 %	- 220,7	- 208,2
Sonstiger betrieblicher Erfolg	- 2,4	> - 100 %	12,4	28,8
Jahresüberschuss vor Steuern	126,0	10,1 %	114,5	92,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 14,8	- 8,4 %	- 16,1	- 14,7
Jahresüberschuss nach Steuern	111,2	13,1 %	98,4	77,3
davon den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnen	111,2	13,1 %	98,4	77,3
davon den Minderheitsgesellschaftern zuzurechnen	0,0	- 13,8 %	0,0	0,0

Zinsergebnis

Das Zinsergebnis erhöhte sich im Geschäftsjahr 2011 um 7,1 % auf 341,7 Mio. Euro. Diese Entwicklung ist auf das um 1,3 % auf 278,9 Mio. Euro gestiegene Ergebnis aus dem Kreditgeschäft und den um 44,2 % auf 62,8 Mio. Euro gewachsenen Ergebnisbeitrag der Equity-Beteiligungen zurückzuführen.

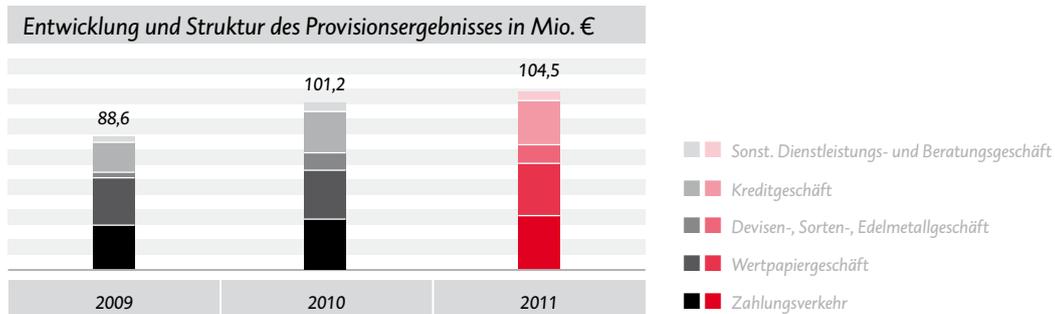
Risikovorsorgen im Kreditgeschäft

Im Rahmen der Kreditrisikogebahrung wurde für alle erkennbaren Risiken ausreichend Vorsorge getroffen. Neben den Einzelrisiken besteht auch eine Portfoliowertberichtigung gemäß IAS 39. Zudem wurden Garantieprovisionen an die ALPENLÄNDISCHE GARANTIE-GESELLSCHAFT, die gemeinsame Gesellschaft der 3 Banken Gruppe für Großkreditrisiken, geleistet. Inklusiv der Forderungsabschreibungen errechnet sich für das Geschäftsjahr 2011 eine Kreditrisikogebahrung in der Höhe von 97,6 Mio. Euro nach 103,8 Mio. Euro im Vorjahr. Diese Entwicklung löste einen Rückgang der Wertberichtigungsquote von 0,99 % auf 0,90 % aus. Die hohen Risikovorsorgen stellen sicher, dass die Oberbank ausreichend gegen Kreditrisiken abgesichert ist.

Provisionsergebnis

Zuwachs der Zahlungsverkehrsprovision prägt Provisionsgeschäft

Das Provisionsergebnis stieg im Geschäftsjahr 2011 um 3,3 % auf 104,5 Mio. Euro an. Besonders erfreulich ist die Entwicklung im Zahlungsverkehr, wo die Provisionen um 7,6 % auf 36,2 Mio. Euro stiegen. Die Entwicklung im Wertpapiergeschäft war vom turbulenten Umfeld an den internationalen Börsen und der daraus resultierenden Risikoaversion der Anleger geprägt, die Provisionen lagen mit 32,1 Mio. Euro um 3,6 % unter dem Wert des Vorjahres.



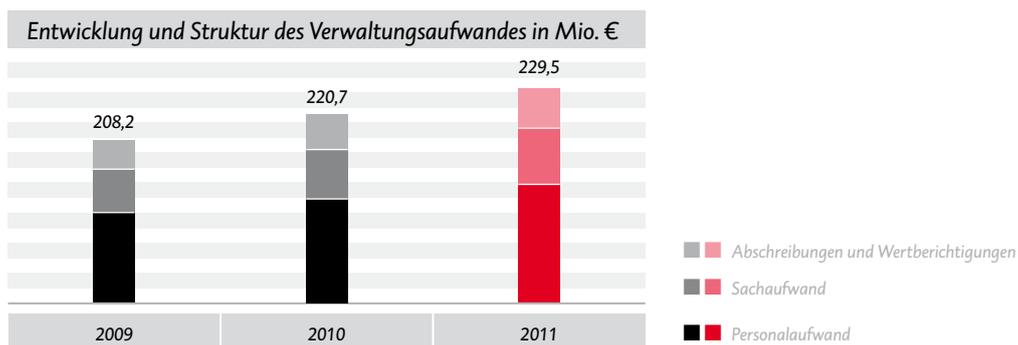
Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst das Ergebnis des Wertpapierhandelsbuches, der Derivate des Handelsbuches sowie jenes aus dem Handel mit Devisen, Valuten und Edelmetallen. Im Geschäftsjahr 2011 war das Handelsergebnis mit 9,3 Mio. Euro um 42,8 % höher als im Vorjahr. Einem Rückgang der Gewinne im Wertpapierbereich stehen Zuwächse im Devisen-, Valuten- und Edelmetall- sowie im Derivatebereich gegenüber.

Verwaltungsaufwendungen

Weitere Expansion prägt Aufwandsentwicklung

Aufgrund der ungebrochenen Expansion und der Gründung von acht Filialen stiegen die Verwaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 % auf 229,5 Mio. Euro an. Die Personalaufwendungen stiegen um 5,1 % auf 132,7 Mio. Euro an, die Sachaufwendungen um 6,2 % auf 74,6 Mio. Euro. Vorwiegend bedingt durch geringere Abschreibungen im Leasing-Teilkonzern gingen die Abschreibungsaufwendungen um 8,8 % auf 22,1 Mio. Euro zurück. Die Kosten-Ertrags-Relation war 2011 mit 50,64 % weiterhin klar besser als im gesamten österreichischen Bankenmarkt.

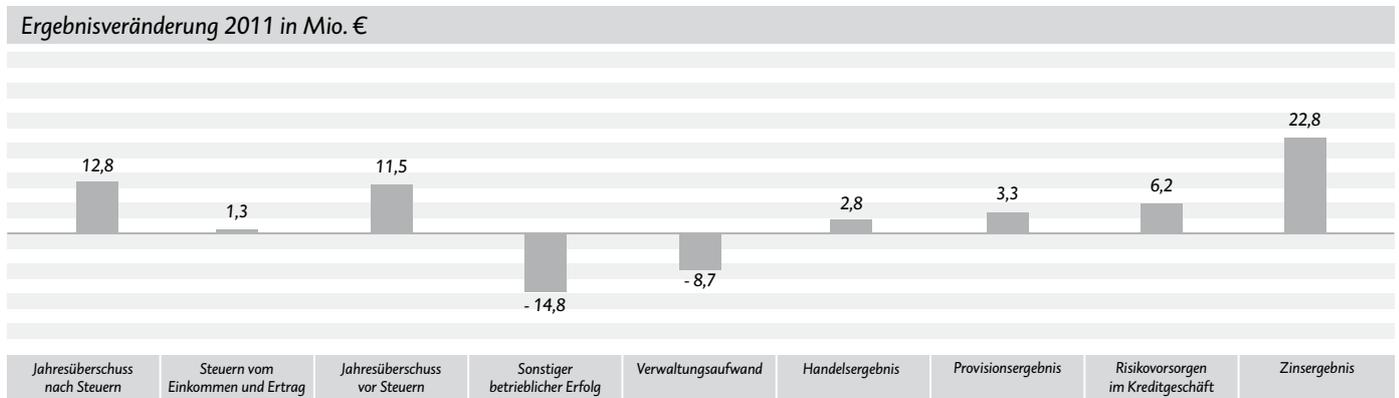


Ausgezeichnete Ertragslage trotz vorsichtiger Vorsorgepolitik

Betriebsergebnis + 2,4 %, Überschuss vor Steuern + 10,1 %, nach Steuern + 13,1 %

Das Betriebsergebnis – die Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Handelsergebnis und dem sonstigen betrieblichen Erfolg abzüglich der Verwaltungsaufwendungen – konnte 2011 um 2,4 % auf 223,6 Mio. Euro gesteigert werden. Nach Berücksichtigung der Risikovorsorgen im Kreditgeschäft wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 10,1 % höherer Jahresüberschuss vor Steuern von 126,0 Mio. Euro ausgewiesen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag waren mit 14,8 Mio. Euro um 8,4 % niedriger als im Vorjahr. Daraus resultiert in Summe ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 111,2 Mio. Euro, womit der Vorjahreswert um 13,1 % übertroffen wurde. Es bestehen Fremddanteile am Jahresüberschuss von 25.838,45 Euro, damit beträgt der Konzernjahresüberschuss im Oberbank-Konzern 111,2 Mio. Euro (+ 13,1 %).

Die Anzahl der ausgegebenen Aktien der Oberbank AG beträgt 28.783.125 Stück. Das Ergebnis je Aktie betrug im Berichtsjahr 3,87 Euro nach 3,43 Euro im Jahr davor.



Gewinnverteilungsvorschlag

Der verteilungsfähige Gewinn wird anhand des Jahresabschlusses der Muttergesellschaft des Konzerns, der Oberbank AG, festgestellt. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 betrug auf Ebene der Oberbank AG insgesamt 79,7 Mio. Euro. Nach Rücklagendotation von 65,4 Mio. Euro und nach Zurechnung des Gewinnvortrages von 0,2 Mio. Euro ergibt sich ein verwendungsfähiger Bilanzgewinn von 14,5 Mio. Euro. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Hauptversammlung wird vorgeschlagen, auf das Grundkapital von 86,3 Mio. Euro eine Dividende in Höhe von 0,50 Euro je anspruchsberechtigter Aktie auszuschütten. Die Ausschüttung ergibt daher bei 28.783.125 Stück Aktien einen Betrag von 14.391.562,50 Euro. Weiters schlägt der Vorstand vor, den verbleibenden Rest von 94.984,13 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Analyse wichtiger Steuerungskennzahlen

Unternehmenskennzahlen nach IFRS	2011	2010	2009
Betriebsergebnisquote	1,31 %	1,32 %	1,16 %
Return on Equity vor Steuern (Eigenkapitalrendite)	10,56 %	10,57 %	9,86 %
Return on Equity nach Steuern	9,32 %	9,08 %	8,28 %
Cost-Income-Ratio (Kosten/Ertrag-Koeffizient)	50,64 %	50,28 %	53,26 %
Risk-Earning-Ratio (Kreditrisiko/Zinsergebnis)	28,58 %	32,55 %	34,58 %
Eigenmittelquote	16,49 %	16,69 %	15,39 %
Kernkapitalquote	11,51 %	10,50 %	9,58 %
IFRS-Ergebnis pro Aktie in €	3,87	3,43	2,83

Die Betriebsergebnisquote – sie misst den Anteil des operativen Betriebsergebnisses an der durchschnittlichen Bilanzsumme – blieb im Jahr 2011 mit 1,31 % im Vergleich zum Vorjahr (1,32 %) nahezu unverändert, womit ein Spitzenwert unter den österreichischen Banken ausgewiesen wird.

Der Return on Equity (RoE) vor Steuern blieb mit 10,56 % nach 10,57 % im Jahr zuvor ebenfalls auf hohem Niveau stabil, der RoE nach Steuern stieg von 9,08 % auf 9,32 % merklich an. Das IFRS-Ergebnis pro Aktie stieg aufgrund der guten Ergebnisentwicklung von 3,43 Euro im Jahr 2010 auf 3,87 Euro 2011 deutlich an.

Die Cost-Income-Ratio lag im Jahr 2011 mit 50,64 % weiterhin ausgezeichnet und klar besser als der österreichische Bankendurchschnitt. Die Risk-Earning-Ratio ging trotz der vorsichtigen Vorsorgepolitik und weiterhin hoher Risikovorsorgen von 32,55 % auf 28,58 % zurück. Die für die Beurteilung der Bankenbonität besonders wichtige Kernkapitalquote stieg von 10,50 % auf 11,51 %.

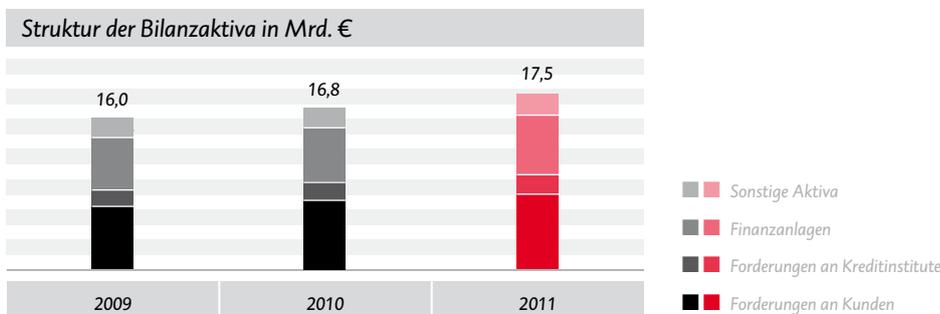
Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme des Oberbank-Konzerns hat sich per Jahresende 2011 im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres um 4,3 % auf 17.483,7 Mio. Euro erhöht. Nachstehend werden die wichtigsten Positionen untergliedert nach Bilanzaktiva und -passiva erörtert.

Bilanzaktiva

Deutlicher Anstieg der Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen 2011 um 15,6 % auf 1.566,2 Mio. Euro zurück, womit ihr Anteil an den Bilanzaktiva von 11,1 % auf 9,0 % sank. Die Forderungen an Kunden konnten um 4,5 % auf 10.914,2 Mio. Euro gesteigert werden. Während die Forderungen gegenüber inländischen Kunden auf 6.851,5 Mio. Euro um 5,6 % zulegten, erhöhten sich jene gegenüber Auslandskunden um 2,8 % auf 4.062,7 Mio. Euro. Eine Aufteilung des Zuwachses nach Kundenkreisen weist einen Anstieg bei den Privatkrediten um 27,5 Mio. Euro und eine Steigerung um 444,4 Mio. Euro bei den Firmenkrediten aus.



Der Anstieg der Risikovorsorgen um 12,1 % auf 350,3 Mio. Euro ergibt sich als Saldo der Zuweisungen und Auflösungen der Einzelwertberichtigung und aus den Portfoliowertberichtigungen gemäß IAS 39.

Die Finanzanlagen stiegen 2011 um 10,9 % auf 4.392,2 Mio. Euro deutlich an. Dieses Volumen verteilt sich wie folgt auf die Teilpositionen: Vermögenswerte At Fair Value 288,5 Mio. Euro, Vermögenswerte Available for Sale 1.075,5 Mio. Euro, Vermögenswerte Held to Maturity 2.506,8 Mio. Euro sowie Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen 521,4 Mio. Euro.

In den übrigen Aktiva werden die Barreserve, die Handelsaktiva, das immaterielle Anlagevermögen, die Sachanlagen und die sonstigen Aktiva zusammengefasst. Die Handelsaktiva stiegen um 10,7 % auf 50,4 Mio. Euro, das immaterielle Anlagevermögen ging um 25,9 % auf 4,6 Mio. Euro zurück.

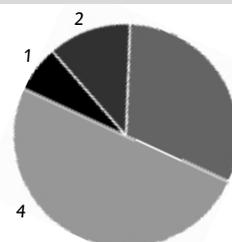
Die Sachanlagen blieben mit 220,1 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert, die Position sonstige Aktiva erhöhte sich um 19,4 % auf 386,2 Mio. Euro (darin enthalten sind Vermögensgegenstände wie positive Marktwerte von Derivaten im Bankbuch, Anzahlungen auf sowie für noch nicht in Kraft gesetzte Leasingverträge, sonstige Forderungen der Leasingunternehmen sowie latente Steuerforderungen und Rechnungsabgrenzungsposten).

Bilanzpassiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wuchsen im Jahr 2011 um 11,6 % auf 4.278,6 Mio. Euro. Die Primärmittel konnten in Summe um 1,6 % auf 11.315,2 Mio. Euro gesteigert werden. Die darin inkludierten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden legten um 1,8 % auf 9.064,2 Mio. Euro wieder etwas stärker zu als im Jahr zuvor, weil die Kunden aufgrund der unsicheren Entwicklung an den Börsen ihre Vermögenswerte wieder vermehrt in die traditionellen Anlageformen umschichteten. Die Bilanzposition Spareinlagen ging um 1,1 % auf 3.407,6 Mio. Euro leicht zurück, die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen um 3,7 % auf 5.656,6 Mio. Euro merklich an. Die verbrieften Verbindlichkeiten wuchsen um 1,4 % auf 1.506,6 Mio. Euro, die Bilanzposition Nachrangkapital blieb mit 744,4 Mio. Euro (- 0,2 %) nahezu unverändert. Die Steigerung des Eigenkapitals um 5,3 % auf 1.222,0 Mio. Euro erklärt sich vor allem durch die aufgrund der sehr guten Ertragslage mögliche hohe Dotierung der Rücklagen und die höheren Ergebnisbeiträge der Equity-Beteiligungen.

Struktur des Primärmittelaufkommens in %

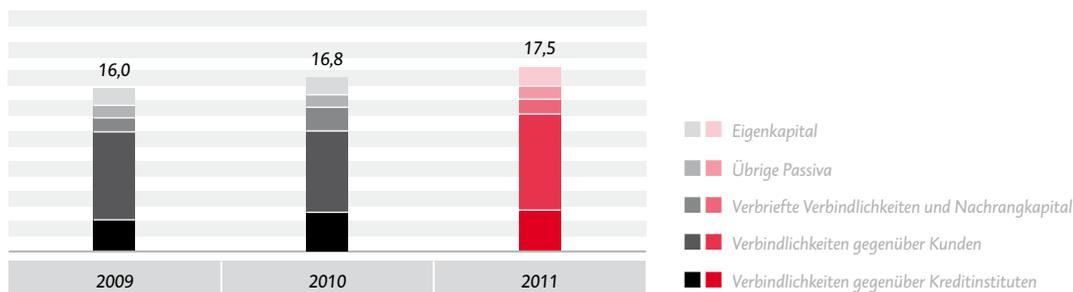
Nachrangkapital ¹	6,6 %
Verbriefte Verbindlichkeiten ²	13,3 %
Spareinlagen ³	30,1 %
Sicht- und Termineinlagen ⁴	50,0 %



In den übrigen Passiva werden die Rückstellungen und die sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Rückstellungen stiegen in Summe um 6,4 % auf 402,6 Mio. Euro. Sie setzen sich hauptsächlich aus den Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen (207,7 Mio. Euro) und den Rückstellungen für das Kreditgeschäft (131,0 Mio. Euro) zusammen.

Die sonstigen Passiva stiegen um 1,8 % auf 265,3 Mio. Euro. In dieser Position sind negative Marktwerte von Derivaten im Bankbuch, sonstige kurzfristige Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten des Leasing-Teilkonzerns sowie Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Struktur der Bilanzpassiva in Mrd. €



Refinanzierungsstruktur in Mio. €	2011	Veränderung	2010	2009
Spareinlagen	3.407,6	- 1,1 %	3.447,2	3.399,2
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.656,6	3,7 %	5.455,6	5.477,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.506,6	1,4 %	1.486,4	1.308,1
Nachrangkapital	744,4	- 0,2 %	746,2	732,1
Primäreinlagen inkl. Nachrangkapital	11.315,2	1,6 %	11.135,3	10.916,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.278,6	11,6 %	3.833,2	3.466,5
Summe	15.593,8	4,2 %	14.968,5	14.382,9

Eigenkapitalentwicklung

Das bilanzielle Eigenkapital des Oberbank-Konzerns stieg im Geschäftsjahr 2011 um 5,3 % auf 1.222,0 Mio. Euro an. Das Grundkapital blieb mit 86,3 Mio. Euro im Vergleich zum Jahresultimo 2010 unverändert.

Die Eigenmittel gemäß § 24 BWG betragen zum 31. Dezember 2011 1.673,1 Mio. Euro gegenüber 1.635,1 Mio. Euro zum Stichtag des Vorjahres. Die Überdeckung der erforderlichen Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG von 875,1 Mio. Euro betrug demnach 798,0 Mio. Euro und liegt damit um 8,49 %-Punkte über dem gesetzlichen Erfordernis von 8 %. Die Eigenmittelquote 2011 ging damit von 16,69 % auf 16,49 % leicht zurück, die Kernkapitalquote stieg von 10,50 % auf 11,51 % deutlich an.

Bilanzielles Eigenkapital in Mio. €	2011	Veränderung	2010	2009
Grundkapital	86,3	0,0 %	86,3	86,2
Kapitalrücklagen	194,5	- 0,1 %	194,6	194,5
Gewinnrücklagen	915,3	7,3 %	852,8	726,5
Unversteuerte Rücklagen	22,7	- 5,2 %	23,9	25,1
Passive Unterschiedsbeträge	1,9	-	1,9	1,9
Anteile im Fremdbesitz	1,4	1,7 %	1,4	1,4
Bilanzielles Eigenkapital	1.222,0	5,3 %	1.160,9	1.035,6
Eigenmittel gemäß § 24 BWG	1.673,1	2,3 %	1.635,1	1.534,3
hievon Kernkapital (Tier I)	1.167,6	13,5 %	1.028,7	955,4
Eigenmittelerfordernis	875,1	3,5 %	845,3	854,8
Eigenmittelquote in %	16,49	- 0,20 %-P.	16,69	15,39
hievon Kernkapitalquote in %	11,51	1,01 %-P.	10,50	9,58
Überdeckung Eigenmittelquote in %-Punkten	8,49	- 0,20 %-P.	8,69	7,39
Bemessungsgrundlage der Eigenmittel	10.146,2	3,6 %	9.795,8	9.970,5

Schwierigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft wird laut der aktuellen Prognosen des WIFO 2012 langsamer als zuletzt wachsen, aber nicht in eine Rezession zurückfallen. Vor allem die anhaltenden Spannungen im Euro-Raum und die ungelösten Arbeitsmarktp Probleme in den USA verhindern eine bessere Entwicklung. Aufgrund der enormen Staatsschulden sind in beiden Wirtschaftsregionen Konjunkturspritzen der öffentlichen Hand praktisch nicht mehr möglich.

Das Wirtschaftswachstum wird in den USA nach 1,6 % im Jahr 2011 auf 1,3 % im Jahr 2012 zurückgehen. In der EU sinkt das Wachstum von 1,7 % auf 0,3 %, im Euro-Raum von 1,7 % auf 0,0 %. Vor allem exportorientierte Länder wie Österreich und Deutschland werden deutliche Einbußen erleiden, sie werden aber immer noch stärker zulegen als der Rest des Euro-Raumes. Die neuen osteuropäischen EU-Mitglieder entwickeln sich 2012 trotz einer deutlichen Wachstumsverlangsamung von 2,7 % auf 1,4 % immer noch klar besser als die übrigen Länder der Gemeinschaft.

Die globale Konjunkturabschwächung und die Staatsschuldenprobleme werden sich 2012 auch in den „Oberbank-Ländern“ im Osten auswirken: Die Exportnachfrage lässt spürbar nach, der private Konsum schafft kaum zusätzliche Impulse. In der Tschechischen Republik wird das Wachstum daher von 1,9 % im Jahr 2011 auf 0,5 % in 2012 zurückgehen. In Ungarn wird die Wirtschaft 2012 um 0,6 % schrumpfen, nach einem Wachstum um 0,9 % im Jahr 2011. In der Slowakei wird das BIP-Wachstum 2012 mit 1,0 % ebenfalls klar unter dem Niveau von 2011 (2,9 %) liegen.

Das Management der Oberbank AG erwartet für 2012 einen gegenüber dem US-Dollar etwas stärkeren Euro, für Ende 2012 wird mit einem Kurs von 1,35 – 1,40 gerechnet. Gegenüber dem Schweizer Franken wird der Euro voraussichtlich auf dem Niveau von 1,20 – 1,25 verharren. Die tschechische Krone sollte 2012 gegenüber dem Euro weitgehend stabil bleiben. Zur Entwicklung des Forint lassen sich aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Ungarn derzeit keine sicheren Prognosen abgeben.

Wachstumsabschwächung auch in Österreich

Für Österreich wird von den Prognoseinstituten für 2012 ein Wirtschaftswachstum von unter 1 % erwartet. Diese Entwicklung schlägt vor allem auf die Investitionen durch, sie werden 2012 voraussichtlich nur noch um 0,9 % wachsen (Ausrüstungsinvestitionen + 1,5 %, Bauinvestitionen + 0,4 %). Die Exportwirtschaft wird unter der Konjunkturabschwächung in ganz Europa leiden. Das Exportwachstum ist zwar mit 3,5 % deutlich höher als das gesamtwirtschaftliche Wachstum, aber klar niedriger als in den vergangenen beiden Jahren. Der private Konsum wird voraussichtlich mit + 0,8 % gleich stark wie 2011 wachsen und damit keine wesentlichen Impulse für die Konjunktur liefern können.

Die Inflationsrate wird mit 2,1 % deutlich niedriger als im abgelaufenen Jahr sein und damit wieder im Zielkorridor der EZB liegen. Das Beschäftigungswachstum dürfte sich aufgrund der schwächeren Produktionsentwicklung von 1,9 % auf 0,6 % verlangsamen, die Arbeitslosigkeit wird damit nach österreichischer Berechnung von 6,8 % in 2011 auf 7,1 % in 2012 ansteigen.

Geschäftliche Schwerpunkte der Oberbank

Die hervorragende Kapital- und Liquiditätsausstattung ermöglicht es dem Management der Oberbank, für 2012 ein Kreditwachstum von 5 – 6 % zu planen. Schwerpunkte im Firmenkundengeschäft werden das Auslandsgeschäft sowie Investitions- und Exportfinanzierungen sein, wo die Oberbank über eine herausragende Position am Markt verfügt. Im Privatkundenbereich soll die Kreditvergabe mit einer Wohnbauoffensive im 1. Halbjahr 2012 deutlich ausgebaut werden.

Die Refinanzierung der Kredite soll durch einen Zuwachs bei den Primäreinlagen um rund 5,5 % sichergestellt werden. Wenn das erwartete Kreditwachstum aufgrund des konjunkturellen Umfeldes nicht zu realisieren ist, wird auch die Unternehmenspolitik bei der Einlagengewinnung zu überdenken sein. Bei der bewährten Risikostrategie sind hingegen keine großen Änderungen geplant. Es wird erwartet, dass sich das Kreditrisiko etwa auf dem Niveau des Jahres 2011 bewegen wird.

Der Weg des organischen Wachstums der Oberbank soll auch 2012 und in den Folgejahren fortgesetzt werden. Regionale Schwerpunkte für Filialgründungen werden dabei Wien, Bayern und Tschechien sein.

Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2012

Das Zinsgeschäft wird auch 2012 eine tragende Säule der Ertragsentwicklung sein. Beim Zinsergebnis aus dem Kreditgeschäft erwartet die Oberbank einen weiteren leichten Anstieg gegenüber 2011. Im Dienstleistungsgeschäft rechnet das Management, in erster Linie aufgrund der ambitionierten Planung im Wertpapierbereich, mit einem spürbaren Ergebnisanstieg.

Die Betriebsaufwendungen werden in Summe gegenüber dem Vorjahr nur moderat ansteigen. Beim Personal- und Sachaufwand wird aufgrund eines straffen Kostenmanagements nur ein mäßiger Anstieg erwartet, die Abschreibungen werden leicht rückläufig sein.

Aufgrund der Unsicherheit bezüglich des Ausmaßes der Konjunkturabschwächung ist eine exakte Ergebniseinschätzung für das Jahr 2012 kaum möglich. Der Vorstand ist aber zuversichtlich, sowohl im operativen Geschäft als auch beim Jahresüberschuss vor und nach Steuern das herausragende Ergebnis des Jahres 2011 wiederholen zu können. Damit wird es auch im Geschäftsjahr 2012 möglich sein, im Wege der Rücklagendotation die Eigenmittel zu stärken und der Hauptversammlung einen attraktiven Dividendenvorschlag zu unterbreiten.

Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement ist in der Oberbank integraler Bestandteil der Geschäftspolitik, der strategischen Zielplanung sowie des operativen Managements bzw. Controllings. Die zentrale Verantwortung für das Risikomanagement liegt beim Gesamtvorstand der Oberbank AG. Für jedes wesentliche Risiko des Oberbank-Konzerns gibt es definierte Steuerungsverantwortlichkeiten sowie zugewiesene Risikodeckungsmassen (Limits) oder definierte Steuerungsprozesse. Die Zusammenführung der einzelnen Risikoarten auf ein Gesamtbankrisiko erfolgt durch das im Haus installierte Aktiv-Passiv-Management-Komitee (APM-Komitee). Das für den Bereich Risikomanagement zuständige Vorstandsmitglied leitet dieses Komitee.

Risikocontrolling

Das Risikocontrolling der Abteilung Rechnungswesen und Controlling erfüllt die Funktion der im Bankwesengesetz (§ 39 Abs. 2 BWG) geforderten zentralen und unabhängigen Risikokontrolleinheit. Es misst, analysiert, überwacht und berichtet alle wesentlichen Risiken der Oberbank. Das Reporting erfolgt an den Vorstand, das APM-Komitee sowie an die betroffenen Abteilungsleiterinnen und -leiter bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Internes Kontrollsystem

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Oberbank ist ein über Jahre entwickeltes System von Kontrollmaßnahmen, es umfasst alle Prozesse der Bank und wird ständig weiterentwickelt. Die Prozesse und Verfahren sind in Arbeitsanweisungen bzw. Ablaufbeschreibungen dokumentiert und beinhalten wesentliche Kontrollgrundsätze; u.a. Funktionstrennung, 4-Augen-Prinzip, Unterschriften- und Kompetenzregelungen sowie EDV-Berechtigungssysteme. Die Abteilung Interne Revision der Oberbank AG als unabhängige Überwachungsinstanz prüft das interne Kontrollsystem. Abgeprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit der gesamten Bankprozesse und des Risikomanagements sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen.

Gesamtbankrisikosteuerung und Risikotragfähigkeitsrechnung

Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ein qualitatives Risikomanagement, die sich aus dem ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ergeben, wird in der Oberbank mittels der bereits seit Jahren im Einsatz befindlichen Risikotragfähigkeitsrechnung entsprochen. Grundlage für eine Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank stellt die Quantifizierung der wesentlichen Risiken und der Deckungsmassen dar. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für das Kreditrisiko (inkl. Kontrahentenausfallrisiko), das Beteiligungsrisiko, das Marktrisiko im Handelsbuch, das Marktrisiko im Bankbuch und die operationellen Risiken Risikolimits abgeleitet. Darüber hinaus gibt es in der Oberbank noch wesentliche Risiken, die über Prozesse und Limits gesteuert werden, denen aber keine Risikodeckungsmassen zugeordnet sind (Liquiditätsrisiko und Konzentrationsrisiko). Für die sonstigen, nicht wesentlichen Risiken (Geschäfts-, Rechts-, Reputationsrisiken, strategische und sonstige Risiken sowie Risiken, die aus dem makroökonomischen Umfeld erwachsen) wird durch einen Risikopuffer vorgesorgt.

Internes Rating und Bonitätsbeurteilung

Der Vergabe von Krediten liegt eine Bonitätseinschätzung des Kunden zugrunde. Diese erfolgt durch mit statistischen Methoden entwickelte Ratingverfahren, die seit Anfang 2009 im Einsatz sind und die den Anforderungen des Basel-II-IRB-Ansatzes entsprechen. Beurteilt werden quantitative (Hard Facts) und qualitative Kriterien (Soft Facts, Warnindikatoren), die zusammengeführt ein objektives und zukunftsorientiertes Bild der Kundenbonität ergeben. Die Ratingverfahren werden jährlich validiert. Die resultierenden Erkenntnisse werden laufend zur Weiterentwicklung und Verfeinerung der Ratingverfahren verwendet.

Gesamtrisikomanagement

Die gezielte Übernahme von Risiken stellt ein wesentliches Merkmal des Bankgeschäftes dar und ist die Basis für eine nachhaltig stabile Geschäfts- und Ergebnisentwicklung im Oberbank-Konzern. Die Oberbank AG ist für die Festlegung, Umsetzung, das Risikomanagement und das Risikocontrolling der zentral festgelegten Risikostrategie im Oberbank-Konzern zuständig. Der Vorstand und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handeln nach den risikopolitischen Grundsätzen und treffen ihre Entscheidungen unter Einhaltung dieser Leitlinien.

Kreditrisiko

Als Kreditrisiko wird das Risiko verstanden, dass ein Kreditnehmer den vertragsgemäßen Zahlungen nicht oder nur teilweise nachkommt. Das Kreditrisiko aus Forderungen an Banken, Länder sowie Privat- und Firmenkunden stellt die wesentlichste Risikokomponente im Oberbank-Konzern dar. Für das Management des Kreditrisikos ist die Abteilung Kredit-Management zuständig. Sie ist vom Vertrieb getrennt, sodass die Risikobewertung und -entscheidung in jeder Phase des Kreditprozesses bis hin zur Vorstandsebene unabhängig vom Vertrieb gewährleistet ist.

Die Strategie im Kreditgeschäft ist getragen vom Regionalitätsprinzip, der Sitz der Kreditkunden befindet sich in den durch das Filialnetz abgedeckten Regionen. In Österreich und Bayern liegt der Fokus vorwiegend auf der Finanzierung der Industrie und des wirtschaftlichen Mittelstandes, in Tschechien, der Slowakei und Ungarn vor allem auf Klein- und Mittelbetrieben. Die operativen Risikoziele werden tourlich im Zuge der Budgetierung und im Anlassfall nach Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der aktuellen Entwicklung von der Geschäftsleitung gemeinsam mit der Leitung Kredit-Management festgelegt. Dabei wird das dem Kreditrisiko im Zuge der Allokation der Risikodeckungsmasse zugeordnete ICAAP-Limit berücksichtigt.

Beteiligungsrisiko

Als Beteiligungsrisiko wird der potenzielle Wertverlust aufgrund von Dividendenausfall, Teilwertabschreibung, Veräußerungsverlust sowie die Reduktion der stillen Reserven durch die Gefahr einer entsprechend negativen wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet.

Die Anteile an den Schwesterbanken BKS und BTV, mit denen die Oberbank AG die 3 Banken Gruppe bildet, sind die wichtigsten Beteiligungen der Oberbank. Die Beteiligungspolitik der Oberbank ist grundsätzlich darauf ausgerichtet, bank- und vertriebsnahe Beteiligungen dann einzugehen, wenn diese dem Bankgeschäft dienlich sind, also deren Tätigkeit in direkter Verlängerung zur Banktätigkeit steht oder eine Hilfstätigkeit im Bezug auf diese darstellt.

Soweit das Eingehen von Beteiligungen aus ertragsorientiertem oder strategischem Interesse erfolgt, werden bereits vor dem Eingehen dieser Beteiligungen Analysen erstellt, um ein möglichst umfassendes Bild hinsichtlich Ertragskraft, strategischem Fit und der rechtlichen Situation zu bekommen. In einem eigenen Beteiligungshandbuch wurden die erforderlichen Prozesse beschrieben, die beim Eingehen neuer Beteiligungen zu berücksichtigen sind.

Marktrisiko

Unter Marktrisiko wird der potenziell mögliche Verlust aus Wertschwankungen aufgrund von Marktpreisänderungen (durch sich ändernde Zinssätze, Devisenkurse oder Aktien- und Warenpreise) verstanden. Die Oberbank genehmigt, misst, überwacht und steuert Zins- und Aktien- sowie Fremdwährungskursrisiken durch den Einsatz unterschiedlicher Limits, die im Rahmen der Gesamtbank-Risikosteuerung durch Allokation der Risikodeckungsmasse generiert werden.

Das Management der Marktrisiken ist in der Oberbank auf zwei Kompetenzträger aufgeteilt, die diese im Rahmen der ihnen zugewiesenen Limits steuern.

Die Abteilung Global Financial Markets ist zuständig für die Steuerung der Marktrisiken der Handelsbuchpositionen, des Zinsänderungsrisikos im Geldhandelsbuch sowie des Devisenkursrisikos des gesamten Oberbank-Konzerns. Die Berechnung des Risikos erfolgt auf Basis eines Value-at-Risk-Modells (historische Simulation). Die Value-at-Risk-Berechnung erfolgt auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Die Errechnung der Value-at-Risk-Werte, die Limitkontrolle und das Reporting über die Risiko- und Ertragslage an Vorstand und Abteilung Global Financial Markets erfolgen täglich in der Abteilung Rechnungswesen und Controlling.

Konzernlagebericht

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das APM-Komitee ist für die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der langfristigen Euro-Positionen (Zinsbindungen > 12 Monate) sowie für die strategischen Aktien- und Fondspositionen im Bankbuch zuständig. Das APM-Komitee tritt monatlich zusammen. Mitglieder des Komitees sind der Gesamtvorstand sowie Vertreter der Abteilungen „Global Financial Markets“, „Rechnungswesen und Controlling“, „Private Banking & Asset Management“, „Kredit-Management“, „Corporate & International Finance“, „Sekretariat“, „Interne Revision“ und „Organisationsentwicklung, Strategie und Prozessmanagement“.

Operationelles Risiko

Mit dem Bankgeschäft untrennbar verbunden sind die operationellen Risiken. Operationelle Risiken werden in der Oberbank als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge externer Ereignisse eintreten, definiert. Die Risiken werden in folgende Kategorien eingeteilt: interner Betrug, externer Betrug, Beschäftigungspraxis und Arbeitsplatzsicherheit, Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten, Geschäftsunterbrechung und Systemausfälle, Ausführung, Lieferung & Prozessmanagement und Sachschäden.

Das operative Risikomanagement von operationellen Risiken wird von den jeweiligen operativ tätigen Abteilungen und regionalen Vertriebsseinheiten (Risk Taking Units) durchgeführt, die für das operationelle Risiko der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Produkte und Prozesse verantwortlich sind. Ein elektronischer Einmeldeprozess unterstützt die Erfassung von schlagend gewordenen operationellen Risiken.

In der Oberbank ist ein Gremium für das Management des operationellen Risikos installiert. Dieses Gremium steuert den Managementprozess der operationellen Risiken und ist für seine Weiterentwicklung bzw. für die Adaptierung entsprechender Methoden verantwortlich. Zur Absicherung von im Rahmen der Risikoanalysen festgestellten existenzgefährdenden Großrisiken wurden konkrete Maßnahmen getroffen (Versicherungen, Notfallkonzepte EDV, Ersatzrechenzentrum).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko (oder auch Refinanzierungsrisiko) ist das Risiko, dass eine Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit oder nur zu erhöhten Kosten nachkommen kann. Primäre Zielsetzung des Liquiditätsmanagements ist daher die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierungsstruktur in Bezug auf Risiko und Ergebnis. Schon seit jeher besteht in der Oberbank der Grundsatz, mit den Primärmitteln und den Fördermitteln der Oesterreichischen Kontrollbank alle Kredite refinanzieren zu können. Dieser Grundsatz ist unverändert gültig. Darüber hinaus hat die Oberbank ein großzügiges Polster (Liquiditätspuffer) an freiem Refinanzierungspotenzial in Form von refinanzierungsfähigen Wertpapieren und Kreditforderungen bei den Zentralbanken sowie an ungenutzten Bankenlinien.

Die Abteilung Global Financial Markets ist für das tägliche Liquiditätsmanagement zuständig und hat die Verantwortung für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die Abteilung Rechnungswesen und Controlling erstellt für das tägliche Liquiditätsmanagement und für den Risikovorstand eine Liquiditätsablaufbilanz für die nächsten 30 Tage inklusive dem vorhandenen Liquiditätspuffer als Limit. Die Steuerung der langfristigen bzw. strategischen Liquidität der Oberbank liegt in der Zuständigkeit des Vorstandes und des APM-Komitees. Zur Darstellung des mittel- und langfristigen Liquiditätsrisikomanagements der Bank wird eine umfassende Liquiditätsablaufbilanz erstellt. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen und Controlling. Für extreme Marktverhältnisse wurde ein Notfallplan ausgearbeitet.

Grundkapital, Aktienstückelung und genehmigtes Kapital

Das Grundkapital der Oberbank AG belief sich zum 31. Dezember 2011 auf 86.349.375 Euro und war unterteilt in 25.783.125 auf den Inhaber lautende Stamm-Stückaktien und in 3.000.000 auf den Inhaber lautende Vorzugs-Stückaktien ohne Stimmrecht mit einer nachzuzahlenden Mindestdividende von 6 % vom anteiligen Grundkapital.

Aktienrückkauf

Der Vorstand der Oberbank AG wurde von der Hauptversammlung ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben, wobei 5 % des Grundkapitals die Grenze des möglichen Handelsbestandes bilden. Eigene Aktien bis zum Ausmaß von 5 % des Grundkapitals können auch zur Weitergabe an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oberbank-Konzerns erworben werden. Eigene Aktien bis zum Ausmaß von 10 % des Grundkapitals können zweckneutral erworben werden.

Syndikatsvereinbarung und Aktien mit besonderen Kontrollrechten

Zwischen der Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft, der BKS Bank AG und der Wüstenrot Wohnungswirtschaft reg. Gen.m.b.H. besteht eine Syndikatsvereinbarung. Deren Zweck ist es, die Unabhängigkeit der Oberbank AG zu erhalten. In dieser Vereinbarung haben die Syndikatsmitglieder die gemeinsame Ausübung der Stimmrechte und gegenseitige Vorkaufsrechte beschlossen. Die Stimmrechte der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oberbank gehaltenen Aktien wurden in der OBK-Mitarbeiterbildungs- und Erholungsförderung registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung syndiziert.

Aktionärsstruktur und Mitarbeiterbeteiligung

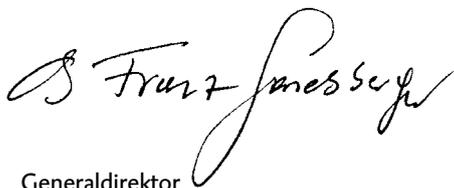
Die Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft hält 17,00 % am Gesamtkapital der Oberbank AG zum Stichtag 31. Dezember 2011, die BKS Bank AG 16,95 %. Der größte Einzelaktionär ist mit 29,15 % die CABO Beteiligungsgesellschaft m.b.H., eine 100 %ige Konzerntochter der UniCredit Bank Austria. Von der Wüstenrot Wohnungswirtschaft reg. Gen.m.b.H. werden 4,62 % gehalten, von der Generali 3 Banken Holding AG 1,98 %. Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oberbank beläuft sich auf 3,69 %.

Organbestellung und Kontrollwechsel

Neben den per Gesetz definierten Bestimmungen bestehen keine weiteren über die Ernennung und Abberufung des Vorstandes und Aufsichtsrates sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft. Aufgrund der bestehenden Aktionärsstruktur ist es keinem der Eigentümer im Alleingang möglich, die Oberbank direkt oder indirekt zu beherrschen. Es sind keine Vereinbarungen bekannt, die bei einem akkordiert möglichen Kontrollwechsel schlagend werden würden. Zudem gibt es kein Entschädigungsabkommen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Mitarbeitern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebotes.

Linz, am 1. März 2012

Der Vorstand



Generaldirektor

Dr. Franz Gasselsberger, MBA

Verantwortungsbereich: Firmenkundengeschäft



Direktor

Mag. Dr. Josef Weißl, MBA

Verantwortungsbereich: Privatkundengeschäft



Direktor

Mag. Florian Hagenauer, MBA

Verantwortungsbereich: Gesamtrisikomanagement